

Anfrage



Kreis
Bergstraße

Vorlage Nr.: 17-0389/1
erstellt am: 06.02.2012

Abteilung: Dezernat L
Verfasser/in: Landrat Wilkes
Aktenzeichen: L-1/1-1020.012.35

Anfrage der SPD-Fraktion vom 27. Januar 2012 zum Thema "Grundrechtsklage"; hier: Beantwortung der Anfrage

Beratungsfolge:

Gremium	Sitzungsdatum	Status	Zuständigkeit
Kreisausschuss	06.02.2012	N	Abschließende Beschlussfassung
Kreistag	13.02.2012	Ö	Kenntnisnahme

Erläuterung:

Die Anfrage der SPD-Fraktion vom 27. Januar 2012 zum Thema "Grundrechtsklage" wird wie folgt beantwortet:

Frage 1: Was war das Ergebnis des Vier-Augen-Gesprächs zwischen Landrat Matthias Wilkes und Finanzminister Thomas Schäfer?

Das Ergebnis des Gespräches war, dass die Landesregierung die Angelegenheit der Finanzlage der Kreise sehr ernst nimmt und sich um eine gemeinsame Lösung bemühen wird.

Frage 2: Wie und wann wurden die anderen klagenden Landkreise und die Vertreter des Hessischen Landkreistages über das Ergebnis informiert?

Der Präsident des Landkreistages wurde vom Landrat des Kreises Bergstraße persönlich über das Gespräch informiert.

Frage 3: Wurde in dem Gespräch auch über die Situation in den Städten und Gemeinden gesprochen oder nur (wie in dem Presseartikel angekündigt) über die Situation in den Landkreisen?

Im Gespräch wurde sowohl über die Situation des Landkreises als auch über die der Städte und Gemeinden gesprochen.

Frage 4: Welche Stellungnahmen gibt es zu den Ergebnissen und zu diesem Gespräch?

Dem Kreisausschuss liegt eine öffentliche Stellungnahme der SPD-Kreistagsfraktion vor, aus der sich ergibt, dass das einstimmig durch den Kreistag am 13.12.2011 dem Landrat erteilte Verhandlungsmandat der SPD-Kreistagsfraktion offensichtlich nicht bewusst war.

Frage 5: Sieht der Kreisausschuss durch die angekündigte Rücknahme der Klage seine Verhandlungsposition mit dem Land als geschwächt an?

Das vom Kreistag dem Landrat erteilte Verhandlungsmandat soll dazu dienen, auf dem politischen Wege ein Ergebnis im Sinne der Klage schon vorab zu erreichen. Sollte dieses Ziel erreicht werden können, wäre der Klagegegenstand erledigt. Der Kreisausschuss sieht in dieser Vorgehensweise des Kreistages, dem die SPD-Kreistagsfraktion einstimmig zugestimmt hat, im Sinne des Kreises eine verantwortliche und richtige Zielsetzung.

Frage 6: Sieht der Kreisausschuss den Rettungsschirm als Chance, die kommunale Finanzmisere zu lösen?

Der Kreisausschuss sieht im Kommunalen Rettungsschirm des Landes Hessen einen wichtigen Beitrag, die kommunale Finanzmisere zu reduzieren.

Frage 7: Welche konkreten Forderungen hat der Landrat oder der Kreisausschuss an das Land gestellt, die bei der Umsetzung gewährleisten, dass die strukturellen Probleme der kommunalen Familie gelöst sind?

Der Landrat hat wie bei vielen anderen Gelegenheiten wiederum darauf hingewiesen, dass aus seiner Sicht die strukturellen Finanzprobleme aller öffentlichen Gebietskörperschaften nur lösbar sein werden, wenn Standards und öffentliche Aufgaben auf den Prüfstand kommen und damit auf der Ausgabenseite strukturelle Bereinigungen erreicht werden.

Frage 8: Welche konkreten Lösungsansätze gibt es für die Landkreise?

Ein konkreter Lösungsansatz, der für 2015 politisch fest avisiert ist, ist die Absicht der Bundesregierung, die Kosten für die Grundsicherung im Alter vollständig zu übernehmen. Weitere Lösungsansätze müssen sich ebenso in den kostenintensiven Bereichen wie in der öffentlichen Jugendhilfe, dem Asylbewerberleistungsgesetz, der Finanzierung des Landeswohlfahrtsverbandes und der Aufwendung für die Schülerbeförderung ergeben, da diese Bereiche wesentlich in ihrer Entwicklung ursächlich für die Finanzmisere der Landkreise sind.

Frage 9: Welche konkreten Lösungsansätze gibt es für die Städte und Gemeinden?

Lösungsansätze für die Städte und Gemeinden wurden bereits durch Städte- und Gemeindebund und Städtetag erarbeitet und vorgetragen. Darüber hinaus stellt die finanzielle Konsolidierung der Landkreise gleichzeitig auch die Grundlage dafür da, dass über die mögliche Reduzierung von Kreis- und Schulumlagen auch die Städte und Gemeinden von diesem Lösungsansatz profitieren würden.